gemäß § 5 noch Zweifel über die Todesursache, so hat der die Leichenschau vornehmende Arzt dies im Totenschein unter Ziff. 12 durch Eintragung der Worte „nicht feststellbar“ oder „moribund eingeliefert“ oder „tot aufgefunden“ zu vermerken. Zur Klärung der Todesursache hat er die Leichenöffnung (Sektion, Autopsie) sofort bei dem für den Sterbeort zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, zu beantragen. Über die Leichenöffnung entscheidet — gegebenenfalls auch ohne Antrag — der Kreisarzt bzw. ein von ihm beauftragter Arzt.

(2) Ist der Sterbefall in einer stationären Einrichtung des Gesundheitswesens eingetreten, so ist im Falle gemäß Abs. 1 die Leichenöffnung von dem Arzt, der den Verstorbenen vor seinem Tode behandelt hat, dem ärztlichen Leiter der Fachabteilung oder dem Ärztlichen Direktor zu veranlassen. Der Antrag zur Vornahme der Leichenöffnung an den Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, gemäß Abs. 1 entfällt. Unabhängig von den gemäß Satz 1 Verpflichteten kann der Kreisarzt die Leichenöffnung anordnen.

(3) Vor einer Feuerbestattung muß in den Fällen gemäß den Absätzen 1 und 2 die Leichenöffnung vorgenommen werden.

§8

(1) Die Leichenöffnung soll zur Feststellung der Todesursache vorgenommen werden:

- a) bei Verstorbenen, die unmittelbar vor Eintritt des Todes an einer Geschwulstkrankheit oder einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit einschließlich Tuberkulose im Sinne der Bestimmungen über die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen gelitten haben oder bei denen der Verdacht einer solchen Erkrankung besteht
- b) bei Verstorbenen, die unmittelbar vor Eintritt des Todes an einer Berufskrankheit nach den Bestimmungen über Melde- und Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten erkrankt waren oder bei denen der Verdacht einer solchen Krankheit besteht
- c) bei verstorbenen Schwangeren, Kreißenden und Wöchnerinnen, wenn der Tod innerhalb von 6 Wochen nach der Entbindung eingetreten ist
- d) bei Totgeborenen und bei verstorbenen Säuglingen unter einem Jahr
- e) bei Verstorbenen, die eines nicht natürlichen Todes gestorben sind oder bei denen Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß sie eines nicht natürlichen Todes gestorben sind oder bei denen die Todesart nicht aufgeklärt ist (§ 4 Absätze 2 und 3), sofern nicht von der Staatsanwaltschaft eine Leichenöffnung angeordnet worden ist
- f) bei Verstorbenen, deren Tod in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Narkose, mit operativen, anderen therapeutischen oder sonstigen medizinischen Eingriffen oder Maßnahmen eingetreten ist
- g) bei wissenschaftlichem Interesse, besonders für Zwecke der medizinischen Forschung und Lehre
- h) wenn die Angehörigen aus triftigen Gründen die Leichenöffnung wünschen.

(2) Das Ministerium für Gesundheitswesen und die Bezirks- und Kreisärzte oder die von ihnen beauftragten Ärzte können in jedem Fall die Leichenöffnung zur Feststellung der Todesursache anordnen.

(3) Der die Leichenöffnung vornehmende Arzt darf die Leichenöffnung nur beginnen, wenn der vom Arzt bis Ziff. 12 vollständig ausgefüllte (§ 7 Abs. 1) und unterschriebene Totenschein (bei verstorbenen Personen, die ein Jahr oder älter sind, mit Ausnahme der Ziffern 5 und 6) vorliegt.

(4) Bei Vorliegen eines Totenscheines, der nicht die Angaben gemäß Ziff. 12 enthält, ist der die Leichenöffnung vornehmende Arzt — zur Vermeidung einer Verzögerung der Leichenöffnung — verpflichtet, vor Beginn der Leichenöffnung unter Ziff. 12 den entsprechenden Vermerk „nicht ausgefüllt“ mit Namensunterschrift einzutragen.

§9

(1) Die Leichenöffnung soll durch Fachärzte für pathologische Anatomie oder durch Fachärzte für gerichtliche Medizin vorgenommen werden.

(2) Sind örtlich die erforderlichen Leichenöffnungen durch die im Abs. 1 genannten Ärzte nicht sichergestellt, so kann im Ausnahmefall der zuständige Bezirksarzt die Erlaubnis zur Vornahme von Leichenöffnungen an andere auf dem Gebiet der pathologischen Anatomie oder gerichtlichen Medizin erfahrene Ärzte erteilen, solange dies örtlich notwendig ist.

(3) Fachärzte für pathologische Anatomie oder gerichtliche Medizin und Ärzte, die eine Erlaubnis zur Vornahme von Leichenöffnungen gemäß § 9 Abs. 2 besitzen, sind auf Anordnung der im § 8 Abs. 2 genannten staatlichen Organe oder auf Veranlassung der im § 7 Abs. 2 und § 12 Abs. 3 genannten Ärzte zur Vornahme der Leichenöffnung verpflichtet.

§10

(1) Der Arzt hat den Totenschein dem zur Anzeige des Sterbefalles Verpflichteten oder seinem Beauftragten (§ 3) zur Anzeige und zur Beurkundung des Sterbefalles bei dem für den Sterbeort zuständigen Standesamt bei Tod von Personen, die ein Jahr oder älter sind, in zweifacher Ausfertigung, bei Tod von Säuglingen unter einem Jahr bzw. bei Totgeborenen in dreifacher Ausfertigung auszuhändigen, sofern nicht die Bestimmungen des § 4 Absätze 2 und 3 in Betracht kommen.

(2) Wird der Totenschein nach den Bestimmungen des § 4 Abs. 2 der zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei übergeben, so obliegt dieser die Anzeige des Sterbefalles, nachdem der Staatsanwalt die Leiche zur Bestattung freigegeben hat.

(3) Bei der Anzeige von Sterbefällen ist der Totenschein dem Standesamt vorzulegen.

(4) Das Standesamt beurkundet die Sterbefälle, ergänzt die Angaben auf den Totenscheinen für verstorbene Personen, die ein Jahr oder älter sind, und füllt bei Sterbefällen von Säuglingen unter einem Jahr bzw. Totgeborenen die Sterbefall-Zählkarten aus und stellt die Bestattungsscheine (§ 11) aus.

§11

(1) Die Bestattung einer Leiche ist nur nach Erteilung des Bestattungsscheines durch das zuständige Standesamt zulässig.

(2) Der Bestattungsschein wird vom Standesamt gebührenfrei erteilt.

(3) Im Falle der Erdbestattung händigt das Standesamt den Bestattungsschein dem zur Anzeige des Sterbefalles Verpflichteten oder seinem Beauftragten aus und leitet die Totenscheine bei Tod von Personen, die ein Jahr oder älter sind, in einem Exemplar (Exemplar II) und bei Sterbefällen von Säuglingen unter einem Jahr bzw. Totgeborenen in zwei Exemplaren (Exemplare II und III) an den für den Sterbeort zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, weiter.

(4) Im Falle der Feuerbestattung händigt das Standesamt dem zur Anzeige des Sterbefalles Verpflichteten oder seinem Beauftragten den Bestattungsschein und den/die Totenschein(e) zur Weiterleitung an die im § 12 genannten Ärzte aus. Bei der Überführung der Leiche in das Krematorium hat der zur Anzeige Verpflichtete oder sein Beauftragter den Bestattungsschein und den/